

Andreas Mehlretter

Ihr Bundestagsabgeordneter mit Lust auf Fortschritt



NOVEMBER 2024

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

eigentlich war dieser Newsletter an dem Tag fertig, als in den USA gewählt wurde. Ich wollte am Mittwoch noch etwas zur US-Wahl ergänzen, vielleicht auch was zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses, dann sollte der Newsletter rausgehen.

Ergänzen, das war am Mittwochabend schnell klar, reicht nicht. Trump hat alle Swingstates gewonnen. Scholz hat Lindner gefeuert; wir haben uns auf einen Termin für Neuwahlen geeinigt; Trump hat die ersten Minister:innen bekanntgegeben; Zeit und Süddeutsche haben nachgezeichnet, wie die FDP den Koalitionsbruch vorbereitet hat; die SPD diskutiert über den richtigen Kanzlerkandidaten. All das ist in den letzten zwei Wochen passiert.

Es gab nie den Zeitpunkt, an dem ich sagen konnte: So, jetzt kann man mal durchatmen und das alles zusammenfassen. Auch heute nicht. Mir ist auch vollkommen bewusst, dass alles was ich jetzt an Fakten schreibe, morgen schon wieder hinfällig sein kann. Es wird aber bis zur Bundestagswahl keine Zeit zum

Durchatmen geben. Das, was es aber jetzt braucht, ist Klarheit über Prozesse, das Programm und unseren Kandidaten.

Die Ampel ist Geschichte. Da gibt es bei mir ganz ehrlich auch viel Erleichterung. Die alltägliche Arbeit mit der FDP war am Ende wenig ergiebig. Ich habe es bei den Gesetzen, für die ich zuständig war, ständig erlebt: Gesetze, denen die FDP im Kabinett zugestimmt hat, wurden im Bundestag angehalten. Für Berichterstattergespräche hatte die FDP keine Terminvorschläge. Beratungen wurden angehalten, weil sie mit irgendeinem anderen Gesetz nicht einverstanden waren. Absprachen wurden laufend gekippt.

Das ist genau das, was auch bei den Beratungen über den Haushalt passiert ist. Lindner hat keinen Haushalt vorgelegt, der zustimmungsfähig war. Es gab eine Lücke, dafür wollte er Sozialleistungen kürzen. Kompromissvorschläge gab es zuhauf. Robert Habeck, der zugestimmt hat, das Geld, das für die Chipfabrik geplant war, nicht in Zukunftsinvestitionen zu stecken, sondern in die Haushaltssanierung. Olaf Scholz, der über seinen

Schatten sprang und am Ende eine höhere Neuverschuldung in Kauf genommen hat. Alles half nicht.

Mittlerweile wissen wir, der Bruch war geplant. Statt die Haushaltslücke zu schließen hat Lindner weitere Steuererleichterungen für Besserverdienende und für Unternehmen gefordert. Er hat als Finanzminister schlicht seinen Job nicht gemacht. Der Rausschmiss war notwendig und unvermeidlich.

Scholz hat vorgeschlagen, die Schuldenbremse auszusetzen. Der Parteivorstand hat ein Konzept vorgelegt, das höhere Steuern für die Reichsten in Deutschland vorsieht. Durch Abbau von Steuerprivilegien bei der Erbschaftsteuer plus eine Superreichen-Vermögensteuer könnte der Staat bis zu 20 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich einnehmen, ohne größere wirtschaftliche Schäden auszulösen.

Der Staat muss mehr in die Zukunft und die soziale Sicherheit investieren. Dafür brauchen wir andere Mehrheiten bei der Bundestagswahl, und dafür werden wir bis zum 23. Februar kämpfen.

IHR ANDREAS MEHLTRETTER

**IM DETAIL:
ZUSAMMENHALT STATT SPALTUNG**

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Was braucht unser Land jetzt? Was wollen wir für Deutschland erreichen?

**KRANKENHAUSREFORM:
GUT FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM**

Die Reform wird die Behandlungsqualität und die Versorgung im ländlichen Raum verbessern.

AUSGABE 11, NOVEMBER 2024

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Die Entscheidung ist gefallen.

Olaf Scholz kandidiert erneut

Die Entscheidung ist getroffen, wir haben Klarheit, wer kandidiert. Wir ziehen mit Olaf Scholz als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf.

Wir haben es uns als Partei nicht leicht gemacht mit dieser Entscheidung. Das wundert mich nicht: Boris Pistorius ist beliebt, das ist ein wichtiger Aspekt.

Olaf Scholz hat aber auch schon bewiesen, dass er Wahlkampf kann. Das hat er im Statement nach Lindners Rauswurf gezeigt, Olaf Scholz steht für eine eindeu-

tige Unterstützung der Ukraine, die aber nicht zum unkalkulierbaren Abenteuer wird. Dafür wird er von vielen Genoss:innen geschätzt. Und er hat eine Regierung geführt, die uns gut durch die Energiekrise in Folge des Ukrainekrieges geführt hat. Die Energiekosten sind wieder auf ein normales Maß gesunken.

Das dürfen wir nicht übersehen: Die Ampel hat nicht nur Blackouts verhindert, sie hat auch die Energiewende vorangetrieben. Wir haben den Mindestlohn erhöht. Und wir geben mehr Geld für die

Schiene aus als je zuvor. Die Ampel hat durchaus was erreicht.

Die Debatte um die Kandidatur hat eines gezeigt: Die SPD hat zwei potentielle Kandidaten, die Kanzler können. Beide sind auf alle Fälle besser als Merz – weil sie Politik für die vielen Menschen in unserem Land machen werden, nicht nur für Merz' Reichenklientel.

Die Personalfrage ist geklärt. Olaf Scholz wird Kanzlerkandidat - mit Boris Pistorius als wichtigem Teil in unserem Team.

Wie geht es weiter?

Der Weg zur Bundestagswahl

Am 23. Februar wird der Bundestag neu gewählt. So viel ist sicher. Was passiert in den drei Monaten bis dahin?

ZEITPLAN

Vereinbart ist, dass Olaf Scholz am 11. Dezember 2024 die Vertrauensfrage schriftlich stellen wird. Der Bundestag soll am 16. Dezember darüber abstimmen. Wenn er keine Mehrheit bekommen wird, dann wird das Kabinett dem Bundespräsidenten als Wahltermin den 23.

Februar 2025 vorschlagen. Der Bundespräsident entscheidet über Neuwahlen, hat seine Zustimmung allerdings bereits signalisiert.

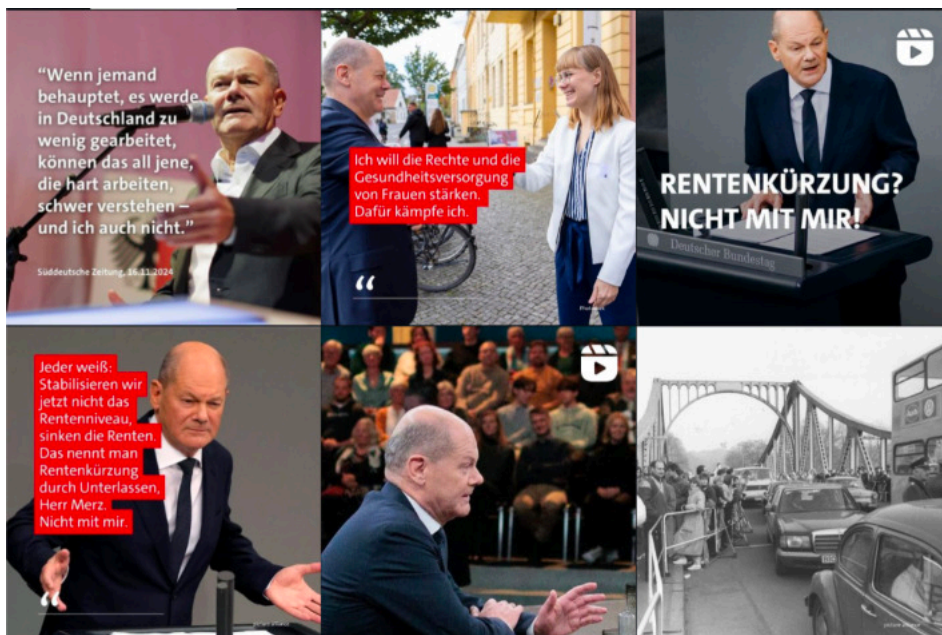
WÄRE ES SCHNELLER GEGANGEN?

Ich glaube nicht. In den meisten Wahlkreisen und bei vielen Parteien wurden noch keine Kandidat:innen aufgestellt. Für die Nominierungskonferenzen gibt es Ladungsfristen, Veranstaltungsorte dafür müssen auch organisiert werden. Die

Kommunen müssen die Wahllokale und die Wahlhelfer:innen organisieren. Und nicht zuletzt müssen die Wahlunterlagen erstellt und verteilt werden.

UND BEI MIR?

Es gibt noch ein paar Gesetze, die vielleicht noch beschlossen werden. Ich würde mich freuen, wenn wir die eigentlich fertig verhandelten Verbesserungen für die Geothermie noch beschließen würden.



Ansonsten hat der Wahlkampf begonnen. Ich arbeite gerade an einer neuen Terminplanung. Die Abfrage an die Ortsvereine ist raus, wie viele Plakate sie brauchen, der Termin für das Shooting der Wahlkampfphotos steht. Schon lange geplant war ein Besuch von Matthias Miersch im Wahlkreis. Er wollte noch als Energiepolitiker kommen, ich freu mich, dass er nun als Generalsekretär kommt. Das Wahlkampfteam trifft sich und wir planen Veranstaltungen, Infostände und Aktionen. So gehen wir in die nächsten rund 90 Tage bis zur Wahl!

Ich freue mich, gemeinsam mit allen, die sich für soziale Gerechtigkeit und echten Fortschritt engagieren wollen, in den Wahlkampf zu ziehen und für eine starke SPD im nächsten Bundestag zu kämpfen!

Zusammenhalt statt Spaltung

Kämpfen für ein soziales Deutschland

Ganz ehrlich: Ich bin schockiert, dass bei uns Brücken zusammenbrechen. Ich bin schockiert, dass wir keinen verlässlichen Bahnverkehr zwischen Freising und München hinbekommen. Und ich bin schockiert, dass es in unsere Schulen reinregnet.

ZUSAMMENHALT FINANZIEREN

Wir müssen in unsere Infrastruktur investieren. Wir müssen in die Bildung investieren. Unsere Schulen müssen besser werden, Kitaplätze fehlen. Und wir müssen in die unsere Zukunft investieren. Unsere Betriebe brauchen Unterstützung beim Umstieg auf eine klimaneutrale Produktion. Und viele Menschen kommen gerade so über die Runden, weil die Mieten immer weiter steigen.

Wir brauchen Geld, um zu investieren und um die zu entlasten, die es nötig haben. Dazu muss die Schuldenbremse weg. Und dafür brauchen wir endlich faire Steuern für die, die es sich durchaus leisten können.

CHOOSE YOUR FIGHTER!

Die FDP hatte zuletzt vorgeschlagen gerade die noch mehr zu entlasten. Den Soli abschaffen heißt die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen zu entlasten. Sie hat vorgeschlagen in einer Zeit, in der Viele Unterstützung durch einen starken Staat brauchen, Wenige zu entlasten und den Staat zu schwächen.

Wir stehen auf der anderen Seite. Wir wollen die 95 % der unteren Einkommen entlasten und dafür die Höchstverdiener belasten.

Merz ist schockiert davon und sieht die Leistungsträger in Gefahr. Es mag ja sein, dass Merz die Blackrock-Manager als die Krone der Schöpfung ansieht, ohne die nichts läuft. Aber auch da irrt er sich, wie so oft.

Ohne Krankenpfleger:innen, Bauarbeiter:innen oder Kitaerzieher:innen läuft hier nichts. Das sind die wirklichen Leistungsträger:innen unserer Gesellschaft. Und die wollen wir entlasten.

Diejenigen, die den Mindestlohn am liebsten sofort wieder abschaffen wollen, die den Ärmsten auch den letzten Euro aus der Tasche ziehen wollen, die sind also schockiert, wenn wir ein Konzept für die arbeitende Mehrheit in unserem Land vorlegen. In den sozialen Medien heißt es dazu: Choose your fighter! Wer wird für Dich kämpfen?

WIR KÄMPFEN FÜR DICH!

Wir wissen, wie es sich anfühlt, wenn man die Wohnung nehmen muss, die eigentlich zu teuer ist. Wenn man in der Zeitung liest, dass die Absatzzahlen beim

eigenen Arbeitgeber zurückgehen. Wenn man keinen Kita-Platz findet. Den Menschen im Land hilft es in ihrem Alltag nicht weiter, wenn wir das einzige Land sind, das kaum investiert, sondern sich kaputt spart.

Wir lassen es nicht zu, dass es immer heißt, dafür ist kein Geld da. Und dann die nächste Steuersenkung für Reiche gefordert wird. Wir wollen nicht, dass mit Unterschieden Politik gemacht wird und so Freundschaften, Familien und unsere Gesellschaft auseinandergerissen wird: Jung gegen alt, Stadt gegen Land, hier Geborene gegen Zugezogene. Das spaltet, löst aber kein Problem.

Andere Länder machen es anders. Die USA geben Milliarden für eine grüne Industrie aus. Die Hälfte der neuzugelassenen Autos in China fahren mittlerweile elektrisch. Darauf brauchen wir eine Antwort. Deshalb ist es richtig, dass der SPD-Parteivorstand die Industriepolitik in den Mittelpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung rückt.

Wir brauchen Impulse für eine starke Wirtschaft und für gute Arbeitsplätze. Wir brauchen gut ausgebildete Arbeitskräfte. Und wir brauchen eine Politik für die, deren Unternehmen durch die Krisen unserer Zeit in Schwierigkeit geraten.

Wir brauchen eine Politik, für die 95 Prozent, die nicht in den Aufsichtsräten sitzen sondern die auf diese Arbeitsplätze angewiesen sind.

Merz, das sagt er ganz offen, kämpft für die oberen 5 Prozent. Wir für die anderen 95 Prozent.

Choose your fighter!

**OHNE KRANKENPFLEGER:INNEN,
BAUARBEITER:INNEN ODER KITA-
ERZIEHER:INNEN LÄUFT HIER
NICHTS.**



Umstieg auf klimafreundliche Technologien

Sozialer Klimaschutz

Eine Wärmepumpe ist gut fürs Klima. Auf die Dauer spart sie auch Geld. Sie kostet aber mehr als ein Gasheizung. Das gleiche gilt für E-Autos, für effiziente Külschränke und für bessere Fenster. Auch wenn Klimaschutz sich am Ende rechnet, so kostet er erstmal Geld. Klimaschutz muss man sich leisten können.

Wie das gehen kann, das haben wir als SPD-Bundestagsfraktion – auf meine Initiative hin – in unserem Positionspapier „Sozialer Klimaschutz“ aufgezeigt.

CO2-PREIS FINANZIERT KLIMASCHUTZ

Bereits 2019 wurde mit dem damaligen Klimapaket die CO2-Bepreisung für die Sektoren Wärme und Verkehr eingeführt. Ein CO2-Preis sorgt dafür, dass klimaschädliche Produkte teurer werden. Es lohnt sich somit, klimafreundliche Alternativen einzusetzen. Damit wir unsere Klimaziele erreichen, wird der CO2-Preis in den nächsten Jahren ansteigen.

Der CO2-Preis bietet einen Anreiz, von fossilen Energieträgern auf erneuerbare umzusteigen. Er bietet einen Anreiz, in Energieeffizienz zu investieren. Er hat aber einen Nachteil: Wer viel Geld hat, kann leichter auf ein E-Auto oder eine Wärmepumpe umsteigen.

Das müssen wir ausgleichen. Deshalb wird das Geld, das wir durch den CO2-Preis einnehmen, in den Klimaschutz investiert. Im Moment fließen die Einnahmen vollständig in die Absenkung des Strompreises, weil wir die EEG-Umlage daraus bezahlen.

In unserem Positionspapier fordern wir, dass bei steigenden Preisen die zusätzlichen Einnahmen gezielt mit sozialem Fokus verwendet werden müssen:

👉 Wir brauchen zielgerichtete Förderprogramme, die insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen unterstützen.

👉 Und wir wollen ein sozial gestaffeltes Klimageld einführen.

Bei der Förderung von neuen Heizungen ist es uns bereits gelungen: Wer schnell modernisiert, der bekommt eine hohe Förderung. Und wer wenig verdient, bekommt mehr als die mit hohen Einkommen. Das müssen wir ausweiten und z. B. auch für den Umstieg auf die E-Mobilität konsequent umsetzen.

Das sind wichtige Maßnahmen. So geht sozialer Klimaschutz.

NEBENKOSTEN SENKEN

Wer nicht im eigenen Haus wohnt, hat oft keinen Einfluss auf die Heizung. Hier haben wir schon wichtige Regelungen getroffen: Wenn ein Haus schlecht isoliert ist, dann zahlen vor allem die Vermieter: innen die CO2-Kosten, die sind ja dann für den hohen Energiebedarf verantwortlich. Und die Umlage für eine neue Heizung haben wir bereits begrenzt.

Gerade bei Wohnungen mit Fernwärme müssen wir die Mieter:innen vor zu hohen Preisen schützen. Wir wollen deshalb die Preisaufsicht stärken und eine Schlichtungsstelle einführen.

IN EINE GRÜNE INDUSTRIE INVESTIEREN

Mit dem Bundeshaushalt 2025 werden bereits Rekordinvestitionen auf den Weg gebracht, die insbesondere auch unsere Wirtschaft stärken und die Transformation vorantreiben sollen.

Wir brauchen eine saubere Industrie, die

unser Klima schon und die unsere Arbeitsplätze erhält. Auch das gehört zum sozialen Klimaschutz.

Eine saubere Industrie kostet Geld. Die notwendigen Investitionen in Klimaschutz und die Zukunft unseres Landes erfordern auch in Zukunft eine entsprechende finanzielle Ausstattung des Bundeshaushaltes. Die derzeit starren Schuldenregeln sind daher ein Wohlstandsrisiko für jetzige und kommende Generationen. Sie lassen nicht genügend Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen. Daher wollen wir eine Reform der Schuldenbremse.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir bereits in naher Zukunft ohne eine Grundgesetz-Änderung zusätzliche finanzielle Mittel zur Zukunftsfinanzierung mobilisieren können. Um aussichtsreiche klimaneutrale Geschäftsmodelle und Innovationen zu unterstützen, kann ein staatlicher Deutschlandfonds Sinn machen. Dafür wollen wir auch privates Kapital mobilisieren und dabei auch kleine Einlagen ermöglichen, um die Teilhabe für möglichst breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

FÖRDERUNGEN UND EIN SOZIAL GESTAFFELTES KLIMAGELD. DAMIT ALLE SICH KLIMASCHUTZ LEISTEN KÖNNEN.



Krankenhausreform

Kliniken im ländlichen Raum gewinnen

Die Krankenhausreform ist durch Bundestag und Bundesrat. Mit dieser Reform stellen wir die Weichen für bessere Rahmenbedingungen für unsere Kliniken.

Insgesamt wird die Reform die Behandlungsqualität verbessern und die Versorgung im ländlichen Raum sichern. Wir verringern den ökonomischen Druck auf die Krankenhäuser, das wird auch die Kliniken in unserer Region stärken.

NEU REGELN FÜR DIE FINANZIERUNG

Im Mittelpunkt der Reform steht die Finanzierung. Die passt nicht, die Krankenhäuser stehen unter großem wirtschaftlichen Druck.

Das deutsche Krankenhaussystem ist eines der teuersten der Welt, ohne jedoch die beste Qualität der Welt zu gewährleisten. Finanziert wird es über sogenannte Fallpauschalen. Je nach Diagnose bekommt eine Krankenhaus einen festen Betrag für die Behandlung.

Diese Fallpauschalen führen aber auch dazu, dass Krankenhäuser Operationen durchführen, die sich rechnen, für die sie aber nicht spezialisiert sind. Das geht zu Lasten der Patient:innen. So werden bei einer Krebsbehandlung in spezialisierten Kliniken 25 Prozent mehr Patientinnen und Patienten geheilt. Mehr als die Hälfte der Patient:innen wird aber nicht in solchen Kliniken behandelt.

Deswegen stellen wir die Patientinnen und Patienten und deren Lebensqualität im Mittelpunkt der Versorgung. Dazu werden Leistungsgruppen eingeführt, die in den Kliniken zu mehr Spezialisierung und damit zu einer qualitativ besseren Versorgung führen wird.

Die Krankenhäuser bekommen deshalb in Zukunft 60 Prozent ihres Geldes schon allein dafür, dass sie Versorgungskapazitäten zur Verfügung stellen. Das macht sie unabhängiger von Fallzahlen und sichert ihren Bestand.

Die Behandlung wird sich in Zukunft nur am Wohl der Patientinnen und Patienten orientieren. Wichtig ist künftig nicht, was sich rechnet, sondern was hilft.

STRUKTURWANDEL GESTALTEN

In den Diskussionen um die Reform gab es immer wieder Kritik, dass nicht alle Standorte erhalten bleiben können. Das stimmt. Und schon heute schließen immer wieder Krankenhäuser – die heutigen Probleme der Krankenhäuser sind aber die Probleme der heutigen Finanzierung. Deshalb braucht es diese Reform.

Wir haben in den städtischen Gebieten eine Überversorgung. In den ländlichen Regionen fehlen Krankenhäuser. Dort sind die Wege weit. Genau das Problem wollen wir angehen. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass die Kliniken auf dem Land auskömmlich finanziert werden können.

Da helfen die Vorhaltepauschalen. Da hilft, dass es für die Pädiatrie, die Geburtshilfe und die Notfallversorgung zusätzliche Zuschläge gibt. Auch das sichert die Versorgung in der Fläche. Und nicht zu letzt werden die Kosten durch Tarifsteigerungen für alle Berufsgruppen rückwirkend ab 1. Januar 2024 und auch künftig voll refinanziert. Auch das hilft vielen Häusern kurzfristig und senkt Defizite.

GUT FÜR UNSERE REGION

Insbesondere zwei Regelungen bieten ge-

rade für die Kliniken in unserer Region neue Perspektiven: Die Einführung der strukturübergreifenden Versorgungseinrichtungen und eine Änderung im Wettbewerbsrecht.

Krankenhäuser wie das in Mainburg können als strukturübergreifende Versorgungseinrichtung erhalten bleiben und zusätzliche Aufgaben für die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung übernehmen und auch pflegerische Leistungen anbieten.

Und für Kliniken, die wie die Kliniken in der Planungsregion Ingolstadt fusionieren wollen, um gebündelt stärker zu werden, schaffen wir eine Ausnahme im Wettbewerbsrecht. Die Planungsregion Ingolstadt setzt sich aus den Landkreisen Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen und der kreisfreien Stadt Ingolstadt zusammen. Dort wird überlegt, die Krankenhäuser in Ingolstadt, Eichstätt, Kösching und Pfaffenhofen sowie möglicherweise Schrobenhausen zu fusionieren. Damit könnten Schwerpunkte gebildet werden und Kosten gespart werden. Die Versorgung würde besser. Genau das wollen wir, darum ändern wir das Wettbewerbsrecht, das solche Fusionen bisher verhindert.

DER FREISTAAT IST IN DER PFLICHT

Die Krankenhausplanung selbst bleibt, wie bisher auch schon, Ländersache. Als Planungsbehörde ist es die Aufgabe der Staatsregierung, genau und vor allem zeitnah zu definieren, welche Behandlungen oder Untersuchungen in welchen bayerischen Krankenhäusern erbracht werden sollen. Über-, Unter- und Fehlversorgung gilt es dabei zu vermeiden.

Bisher ist im Freistaat diesbezüglich nur wenig passiert. Ich erwarte, dass Bayern dieser Aufgabe nachkommt und endlich in die Krankenhausplanung einsteigt. Die Grundlagen für eine auskömmliche Finanzierung unserer Krankenhäuser haben wir mit dem Beschluss in Bundestag und Bundesrat geschaffen. Jetzt muss Bayern sagen, wo welche Stationen hin sollen.



Ingo Schäfer zu Besuch im Wahlkreis Blaulichtkonferenz

Noch ganz im Zeichen des Hochwassers stand der Besuch meines Kollegen Ingo Schäfer in meinem Wahlkreis. Ingo Schäfer ist unser Berichterstatter für Bevölkerungsschutz. Wir haben die Blaublichtorganisationen zu einer Konferenz eingeladen und die besucht, die vor Ort helfen.

Los ging es mit einem Besuch im Feuerwehrausbildungszentrum Freising mit Kreisbrandrat Manfred Danner. Am Kreisbildungszentrum werden ca. 1.200 Atemschutzträger jährlich ausgebildet. Ein großes Thema in der anschließenden Diskussion waren die dringend benötigten ABC-Erkundungsfahrzeuge sowie die verbesserungswürdige digitale Alarmierung.

Anschließend veranstalteten wir einen Austausch bei der Feuerwehr Leonhardsbuch. Beim gemeinsamen Mittagessen,

das auch als symbolischer Dank für die unermüdliche ehrenamtliche Arbeit der Einsatzkräfte diente, besprachen wir mit Kommandant Felix Flörs etwa die dringende Anschaffung eines neuen Fahrzeugs. Das alte bietet eigentlich bei Einsätzen auf der A9 keinen ausreichenden Schutz.

Nach dem Mittagessen besichtigten wir die Hochwasserschäden in Allershausen. Der landwirtschaftliche Betrieb von Johann Weber konnte nur knapp gerettet werden, doch die örtliche Schule hat mit einem Schaden von mindestens 3 Millionen Euro am meisten gelitten. Die Werkräume, Cafeteria und IT-Infrastruktur wurden schwer getroffen, was den Schulbetrieb für 440 Schüler:innen erheblich beeinträchtigt.

Am Abend stand die Blaublichtkonferenz

in Pfaffenhofen auf dem Programm. In der Diskussion mit Landrat Albert Gürtner, Gesa Vierck, aktives Mitglied vom THW Eichstätt, und Christian Nitschke, Kreisbrandrat des Landkreises Pfaffenhofen, ging es um zentrale Themen wie die Helfergleichstellung, bessere Ausstattung und die Förderung des Ehrenamts. Besonders im Fokus stand die Frage, wie wir junge Menschen für das Ehrenamt begeistern und wir die Einsatzkräfte besser unterstützen können.

Ingo Schäfer hat klar gemacht: Der Katastrophenschutz in Deutschland steht vor großen Herausforderungen, aber wir kümmern uns nach Kräften um die bestmögliche politische Unterstützung. Das zeigt sich etwa bei der Ausstattung des THW, die die SPD jedes Jahr sichert. Wir wollen für alle Ehrenamtlichen bestmögliche Einsatzbedingungen schaffen.



Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Das Thema „Erinnerungskultur“ stand im Mittelpunkt eines Besuchs meiner Fraktionskollegin Marianne Schieder. Unser Tag begann mit einem Besuch im Stalag-Neustadt-Museum in Moosburg. Am Abend haben wir bei einer Veranstaltung zur Erinnerungskultur diskutiert. Marianne und ich haben uns sehr gefreut, dass knapp 40 Interessierte gekommen sind. Das hat uns gezeigt: Die Aufarbeitung unserer Geschichte ist weiter aktuell. Auch wir als SPD-Bundestagsfraktion wollen keinen „Schlussstrich“! Dass das wichtig ist, zeigen (nicht nur) die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen.



In unserer Region gibt es zahlreiche Einschränkungen beim Ausbau der Windkraft aufgrund der verschiedenen Bundeswehrstandorte. Deshalb habe ich in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw) und dem Luftfahrtamt der Bundeswehr eine Online-Informationsveranstaltung organisiert. Ziel war es, Kommunen, Landkreisen und Bürgerenergiegenossenschaften die Möglichkeit zu geben, direkt Fragen zu Prozessen und Abläufen im Genehmigungsverfahren zu stellen und über konkrete Projekte zu sprechen..



Besuch der Etappe in Freising. Hier betreibt die Caritas ein kleines Buchcafé, das aber so viel mehr ist: Es gibt einen vollwertigen Mittagstisch, der v. a. von Rentner:innen und anderen, die aufs Geld schauen müssen, sehr geschätzt wird. Der Betrieb wird dabei vor allem von Menschen gestemmt, die auf dem ersten Arbeitsmarkt im Moment nicht unterkommen, aber Arbeit, Tagesstruktur und Verdienst suchen. Gesprochen habe ich mit Carola Altmann und Claudia Altmann-Fettich von der Caritas und habe wieder vieles mitgenommen.



In der AG Klimaschutz und Energie hatten wir im Oktober einen wichtigen Austausch mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Im Fokus standen Themen, die für unsere Zukunft entscheidend sind: die Förderung erneuerbarer Energien, die Stärkung der deutschen Photovoltaik-Industrie und vor allem die Frage, wie wir Energie für alle bezahlbar halten. Die Sitzung mit unserem Bundeskanzler hat gezeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir arbeiten weiter intensiv daran, eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung für alle zu gewährleisten.

Mannschaftssport

Neues aus meinem Team

JAKOB SCHMID

9 Wochen war Jakob Schmid Teil meines Berliner Teams und konnte so das politische Berlin kennenlernen. Das schreibt er dazu:

„Vom ersten Tag an wurde ich sehr gut in das Team integriert und in die Prozesse des Büros eingebunden. In den Sitzungswochen konnte ich die Arbeit in AG und Ausschuss kennenlernen. Im Ausschuss konnte ich unter anderem zwei Expertenanhörungen und die Vorstellung des Haushalts durch Minister Habeck erleben.“

In der täglichen Büroarbeit spielten die Nachwirkungen des verheerenden Hochwassers, eine wichtige Rolle. So half ich

bei der Erstellung von Pressespiegeln über die Hochwasserberichterstattung und unterstützte bei der Organisation der Blaulichtkonferenz, bei der es auch um das Hochwasser ging..

Insgesamt hat mir meine Praktikumszeit einen vielfältigen Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten gegeben.

Zum Abschluss möchte ich mich bei Andreas und dem ganzen Team in Berlin und in Freising ganz herzlich bedanken.“

Vielen Dank Jakob auch von mir für Deine ausgezeichnete Unterstützung! Es war mir eine große Freude, dich die letzten Monate bei uns im Büro zu haben.



JAZZLYN DE BOER

Hospitiert hat Jazzlynn de Boer bei mir im Büro. Vielen Dank für Dein Interesse, es hat uns gefreut, dass Du eine Woche mit an Board warst.



HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehlretter.de/links/spotify.

Michi:
K.I.Z.: Definition von Glück
Tereza:
Taylor Swift: 'this the damn season

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:
Elbow: Balu
Eva:
Manu Chao: La Couleur du Temps
Martin:
Tocotronic: Sie wissen was sie tun
Merlin:
Antilopen Gang: Weg von hier



Andreas Mehlretter

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehlretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehlretter.de

Facebook

[andreamehlretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehlretterSPD)

Instagram

[andreamehlretter](https://www.instagram.com/andreamehlretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)